

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**[Nummer Erlassregister]****Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung**

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung, Artikel 5 §4, Artikel 6 §1 Absatz 4, Artikel 7 Absatz 4, Artikel 8 Absatz 2, Artikel 10 Absatz 3, Artikel 11 §2 Absatz 3, Artikel 13 Absatz 4, Artikel 15 §4 Absatz 2, Artikel 15 §2 Absatz 2, Artikel 22 §1 Absatz 7 und §2 Absatz 4, Artikel 24 §3, Artikel 25 §3, Artikel 26 Absatz 4, Artikel 27 Absatz 2, Artikel 30 §2 Absatz 2, Artikel 32 Absatz 3, Artikel 46 §7 und Artikel 47 §5;

Aufgrund des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrats der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 8. April 2024;

Aufgrund des Gutachtens des Verwaltungsausschusses für den Bereich selbstbestimmtes Leben vom 14. April 2024;

Aufgrund des Gutachtens der Datenschutzbehörde Nr. * vom *;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 24. April 2024;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 25. April 2024;

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministers für Beschäftigung;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN**Artikel 1 – Begriffsbestimmungen**

Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Arbeitsamt: das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung: die Begleitung von Arbeitsuchenden gemäß Artikel 9 bis 20 des Dekrets;
3. Begleitakte: die elektronische Begleitakte gemäß Artikel 14 des Dekrets;
4. Dekret: das Dekret vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung;
5. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;

6. Eingliederungsweg: Gesamtheit der Schritte und Maßnahmen, die darauf abzielen, den Arbeitsuchenden erfolgreich in den Arbeitsmarkt zu integrieren;

7. Königlicher Erlass vom 25. November 1991: der Königliche Erlass vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit;

8. Kontrolldienst: die Mitarbeiter des Arbeitsamtes, die gemäß Artikel 47 des Dekrets für die Kontrolle und Sanktion der Suchbemühungen zuständig sind;

9. Minister: der für Beschäftigung zuständige Minister;

10. Register: Register der Arbeitsuchenden gemäß Artikel 5 des Dekrets;

11. Vermittlungsdienst: folgende Behörden:

a) die gemäß Artikel 22 des Dekrets anerkannten Vermittlungsdienste;

b) das Arbeitsamt;

c) die Dienststelle;

12. Verwaltung: der für Beschäftigung zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 2 – Einsatz von Kommunikationsmitteln

Unter Berücksichtigung des Dekrets vom 15. Oktober 2018 über die individuelle und öffentliche elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets nutzt das Arbeitsamt jedes nützliche Kommunikationsmittel, um Arbeitsuchende zu informieren und zu kontaktieren. Das Arbeitsamt richtet die Kommunikation an den sprachlichen und digitalen Kompetenzen des Arbeitsuchenden aus.

Als nützliche Kommunikationsmittel im Sinne von Absatz 1 gelten:

1. das persönliche Gespräch;
2. Telefon- und Videoanrufe;
3. schriftliche elektronische Kommunikation;
4. Nachrichten im Kundenkonto;
5. einfache Briefe und Einschreiben.

Das Arbeitsamt nutzt, in Rücksprache mit dem Arbeitsuchenden, die in Absatz 2 erwähnten Kommunikationsmittel. Ungeachtet dessen kann der Arbeitsuchende jederzeit die Nutzung anderer Kommunikationsmittel beantragen.

Insofern nicht anders mit dem Arbeitsuchenden vereinbart, werden folgende Dokumente immer zusätzlich in Papierform per Post versendet oder persönlich ausgehändigt:

1. die Bestätigung der Eintragung in das Register oder Austragung aus dem Register gemäß Artikel 3 §3 bzw. Artikel 7;
2. Informationen über die Rechte und Pflichten gemäß Artikel 5;
3. Einladungen zu Beratungs- und Bilanzierungsterminen gemäß Artikel 9 des Dekrets und gemäß den Artikeln 24 bis 26;
4. Vorladungen zu Kontrollgesprächen gemäß Artikel 27.

KAPITEL 2 – EINTRAGUNG ALS ARBEITSUCHENDER

Art. 3 – Modalitäten der Ein- und Austragung ins Register der Arbeitsuchenden

§1 – Die Eintragung in das in Artikel 4 des Dekrets erwähnte Register der Arbeitsuchenden beginnt am Tag der Anfrage des Arbeitsuchenden.

§2 – Die Anfrage des Arbeitsuchenden auf Eintragung kann aus der Ferne oder persönlich in den Räumlichkeiten des Arbeitsamtes oder eines anderen Vermittlungsdienstes erfolgen.

§3 – Die Eintragung ist wirksam, sobald der Arbeitsuchende neben den in Artikel 6 §1 Absatz 1 des Dekrets erwähnten Elementen seinen Zugang zum belgischen Arbeitsmarkt belegt oder das Arbeitsamt diese Informationen aus eigener Initiative zusammengetragen hat.

Verfügt der Arbeitsuchende zum Zeitpunkt der Eintragung nicht über eine der in Artikel 6 §1 Absatz 1 Nummer 3 des Dekrets erwähnten Nummern, ist die Eintragung wirksam, sobald er die anderen in Absatz 1 erwähnten Elemente zusammengetragen hat.

Das Arbeitsamt bestätigt dem Arbeitsuchenden schriftlich die Eintragung spätestens innerhalb von sieben Tagen.

§4 – Liegen nach Ablauf einer Frist von 14 Tagen ab der in §2 erwähnten Anfrage nicht die gemäß §3 benötigten Informationen vor, erklärt das Arbeitsamt den Antrag für unzulässig.

Das Arbeitsamt übermittelt dem Arbeitsuchenden die Unzulässigkeitsentscheidung schriftlich.

Der Arbeitsuchende kann jederzeit einen neuen Antrag einreichen.

Art. 4 – Eintragung von nicht unmittelbar verfügbaren Arbeitsuchenden

§1 – Für die Eintragung von Arbeitsuchenden, die aufgrund einer zu beendenden Qualifikation oder eines bestehenden Arbeitsvertrags nicht unmittelbar eine Arbeit aufnehmen können, erarbeitet das Arbeitsamt eine profilgebundene Empfehlung bezüglich des Zeitpunkts der Eintragung.

Das Arbeitsamt empfiehlt die Eintragung ins Register jedoch frühestens sechs Monate vor dem voraussichtlich frühestmöglichen Zeitpunkt der Aufnahme einer Arbeit.

§2 – Wird die Zahlung des Arbeitslosengeldes in Anwendung des Königlicher Erlass vom 25. November 1991 unterbrochen oder aufgehoben, erkundigt sich das Arbeitsamt bei dem Arbeitsuchenden, ob er weiter Arbeit sucht.

Arbeitsuchende, die aufgrund eines Vermittlungsangebotes gemäß Artikel 3 Nummer 22 des Dekrets nicht unmittelbar eine Arbeit aufnehmen können, bleiben eingetragen.

§3 – Das Arbeitsamt bewertet, welche Informationen und Dienstleistungen es den in §1 erwähnten Arbeitsuchenden anbietet. Es kann Abstufungen je nach der Dauer der Unverfügbarkeit vornehmen.

Art. 5 – Informationen über Rechte und Pflichten

Das Arbeitsamt informiert den Arbeitsuchenden zum in Artikel 3 §1 erwähnten Zeitpunkt der Anfrage der Eintragung über die in Artikel 8 des Dekrets erwähnte Informationspflicht.

Anwärter und Empfänger von Arbeitslosenunterstützung erhalten spätestens mit der Bestätigung des Arbeitsamtes über die Eintragung Informationen zu den Rechten und Pflichten, die mit der Anwendung des Königlicher Erlasses vom 25. November 1991 einhergehen.

Das Arbeitsamt teilt die Informationen schriftlich mit.

Der jeweilige Vermittlungsdienst vermittelt die Informationen zu den Rechten und Pflichten auf verständliche Weise

Art. 6 – Kontaktangaben des Arbeitsuchenden

Der Arbeitsuchende teilt alle nützlichen Kontaktangaben mit, die erforderlich sind, um ihn zu erreichen.

Unterscheidet sich der Hauptaufenthaltort des Arbeitsuchenden von der Meldeadresse, teilt er beide Adressen mit.

Gibt der Arbeitsuchende eine E-Mail-Adresse an, so hält das Arbeitsamt den Zweck der Nutzung unter Berücksichtigung der digitalen Kompetenzen und Möglichkeiten des Arbeitsuchenden schriftlich fest.

Art. 7 – Austragung aus dem Register der Arbeitsuchenden

Unbeschadet der in Artikel 7 Absatz 1 Nummern 1 bis 3 des Dekrets beschriebenen Situationen kann das Arbeitsamt jede eingetragene Person nach drei Monaten austragen, insofern diese Person auf Nachfrage des Arbeitsamtes nicht bestätigt, dass sie noch Arbeit sucht.

Für die Anwendung von Artikel 7 Absatz 2 Nummer 3 des Dekrets gelten die in Artikel 5 des Dekrets vom 13. November 2023 über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und Arbeitsvermittlung aufgeführten Aufgaben als Dienstleistung, mit Ausnahme der Konsultation der gemäß Artikel 5 Absatz 1 Nummer 1 desselben Dekrets zur Verfügung gestellten Informationen.

Wenn das Arbeitsamt feststellt, dass die in Anwendung von Artikel 7 des Dekrets vorgenommene Austragung auf einen rechtlichen oder materiellen Fehler zurückgeht, berichtigt das Arbeitsamt diese Situation rückwirkend zum Datum der fehlerhaften Austragung.

Der Minister entscheidet über die Austragung der Arbeitsuchenden.

Eine Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Einspruch einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 8 – Präzisierung von Daten für bestimmte Dienstleistungen

Das Arbeitsamt und die anderen Vermittlungsdienste können folgende Dienstleistungen aussetzen, wenn die nachfolgend aufgeführten erforderlichen Angaben fehlen:

1. Anbieten allgemeiner Informationen zu Ausbildungen, Angeboten und Dienstleistungen: Angaben zu den Dienstleistungskategorien, die der Arbeitsuchende in Anspruch nehmen möchte;
2. Zusenden von Informationen auf elektronischem Weg: eine E-Mail-Adresse;
3. Vermittlung von individuell abgestimmten Stellenangeboten:
 - a) Angaben zu Berufszielen;
 - b) Angaben zu Qualifikationen und Kompetenzen;
 - c) vermittlungsrelevante Angaben zur körperlichen und psychischen Gesundheit;
 - d) vermittlungsrelevante Angaben zu Mobilität oder Familiensituation;

4. Vermittlung von individuell abgestimmten Praktika- und Ausbildungsangeboten:
 - a) Angaben zu Berufszielen;
 - b) Angaben zu Qualifikationsbedarfen;
5. Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen der persönlichen Beratung und Begleitung:
 - a) die in den Nummern 1-4 erwähnten Angaben;
 - b) Angaben zu vermittlungsrelevanten Chancen und Hemmnissen;
5. Durchführung von Tests zur Ermittlung von Kompetenzen oder Eignungen: Zertifikate und Bescheinigungen, die für den Bereich der jeweiligen Testung relevant sind;
6. Überprüfung der Zulässigkeit des Arbeitsuchenden zu Unterstützungsmaßnahmen und finanziellen Anreizen:
 - a) Angaben zu den Kriterien, die in den Bestimmungen der jeweiligen Unterstützungsmaßnahme definiert werden;
 - b) Angaben zum Anrecht auf eine erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung gemäß Artikel 37 §19 des koordinierten Gesetzes vom 14. Juli 1994 über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung.

KAPITEL 3 – BEDARFSGELEITETE ARBEITSVERMITTLUNG

Abschnitt 1 – Prinzipien der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung

Art. 9 – Nutzer der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung

Die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung wird von Arbeitslosigkeit bedrohten eingetragenen Arbeitsuchenden angeboten, sobald diese auf die drohende Arbeitslosigkeit hinweisen.

Der Zugang zur bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung wird gegenüber dem in Artikel 4 §4 des Dekrets erwähnten eingetragenen Arbeitsuchenden ausgesetzt, wenn er nicht auf die Begleit- und Vermittlungsangebote reagiert.

Der Minister entscheidet gemäß Artikel 10 des Dekrets über die Aufnahme oder Aussetzung der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung eines Arbeitsuchenden.

Eine Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Einspruch einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 10 – Übernahme der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung durch das Arbeitsamt

In folgenden Situationen kann ein Nutzer das Angebot einer bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung vom Arbeitsamt erhalten, obwohl ein anderer Vermittlungsdienst ihn begleitet oder eine Begleitung durch anderen Vermittlungsdienst vorgesehen ist, wenn:

1. der Nutzer gemäß Artikel 11 §1 des Dekrets die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung durch den betreffenden Vermittlungsdienst ablehnt und er das Arbeitsamt schriftlich um die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung bittet;
2. der betreffende Vermittlungsdienst gemäß Artikel 11 §2 des Dekrets kein Begleitangebot unterbreitet hat;
3. die Begleitpflicht eines öffentlichen Sozialhilfezentrums gemäß Artikel 13 Absatz 3 des Dekrets endet und das öffentliche Sozialhilfezentrum die Begleitung abzugeben beabsichtigt;
4. ein anerkannter Vermittlungsdienst gemäß Artikel 25 des Dekrets seine Anerkennung verliert.

In den in Absatz 1 erwähnten Fällen koordiniert das Arbeitsamt mit dem anderen Vermittlungsdienst die erforderlichen Schritte, um eine reibungslose Übernahme der Begleitung zu gewährleisten.

Art. 11 – Zugang zu Begleit- und Vermittlungsangeboten

§1 – Das Arbeitsamt sichert gemäß Artikel 12 Absatz 1 des Dekrets allen Referenzberatern aller Vermittlungsdienste den Zugang zu den Begleit- und Vermittlungsangeboten, die es aufgrund des Artikels 5 Absatz 1 Nummern 1 bis 5 des Dekrets vom 13. November 2023 über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und Arbeitsvermittlung anbietet.

Je nach Begleit- und Vermittlungsangebot kann der Zugang der Referenzberater folgende Ausprägungen annehmen:

1. Zugang zu Informationen zum Angebot;
2. Anmeldung des Bedarfs für ein Angebot;
3. Buchung eines Angebotes;
4. Starten eines Angebotes, ggf. mit den erforderlichen Verwaltungsschritten.

§2 – Der Referenzberater bewertet, ob das Begleit- oder Vermittlungsangebot in den Eingliederungsweg des Arbeitsuchenden passt.

Art. 12 – Unterbrechung der Arbeitssuche

Für die Anwendung von Artikel 13 des Dekrets gilt die Arbeitssuche nicht als unterbrochen, wenn der eingetragene Arbeitsuchende an einem Praktikum, einer Ausbildung oder einer Beschäftigungsmaßnahme teilnimmt, insofern diese Teil des Eingliederungsweges im Rahmen der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung sind.

Jede Austragung aus dem Register gilt als Unterbrechung der Arbeitssuche.

Die Aufnahme einer Beschäftigung oder Krankheitstage gelten nur als Unterbrechung der Arbeitssuche, wenn sie mit der Austragung aus dem Register einher gehen.

Die in Artikel 13 Absätze 2 und 3 des Dekrets erwähnte Dauer von 24 Monaten ist erreicht, wenn die Person während dieser Unterbrechungsdauer zu keinem Zeitpunkt als arbeitsuchend eingetragen war.

Abschnitt 2 – Etappen der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung

Art. 13 – Wechsel und Qualifikation der Referenzberater

§1 – Unbeschadet Artikel 15 §1 des Dekrets kann auf Anfrage des Arbeitsuchenden oder des Referenzberaters ein anderer Referenzberater des zuständigen Vermittlungsdienstes die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung übernehmen.

Die Regierung kann von jedem Vermittlungsdienst statistische Angaben zur Häufigkeit und zum Grund der Referenzberaterwechsel anfragen.

§2 – Jeder Vermittlungsdienst erfasst die Teilnahme der Referenzberater an den gemäß Artikel 15 §3 des Dekrets verpflichtenden Weiterbildungen.

Art. 14 – Berufliche Aktionsvereinbarung

Der Referenzberater ist für die Aufnahme der beruflichen Aktionsvereinbarung in die Begleitakte verantwortlich. Er stellt sicher, dass die berufliche Aktionsvereinbarung dem Arbeitsuchenden übermittelt wird.

Der Arbeitsuchende bestätigt schriftlich den Erhalt und die Zustimmung zur Aktionsvereinbarung.

Die Absätze 1 und 2 sind bei einer Änderung der beruflichen Aktionsvereinbarung entsprechend anwendbar.

Abschnitt 3 – Anerkennungs-, Aussetzungs- und Entzugsverfahren der Vermittlungsdienste

Art. 15 – Anerkennungsverfahren

§1 – Die Verwaltung prüft die Vollständigkeit des Anerkennungsantrags gemäß Artikel 22 §1 Absatz 4 des Dekrets und teilt dem Antragsteller innerhalb der in Artikel 22 §1 Absatz 5 des Dekrets erwähnten Frist mit, ob Unterlagen fehlen. Sie setzt den Antragsteller darüber in Kenntnis, sobald der Antrag vollständig ist.

Die Verwaltung nimmt die inhaltliche Prüfung der Anträge vor und erstellt eine begründete Stellungnahme über die Erteilung oder Verweigerung der Anerkennung und übermittelt dem Minister den Antrag sowie ihre Empfehlung.

Die Entscheidung des Ministers erfolgt innerhalb der in Artikel 22 §1 Absatz 6 des Dekrets erwähnten Frist gerechnet ab Vollständigkeit des Antrags.

Die Verwaltung übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers wie folgt:

1. eine günstige Entscheidung durch gewöhnliches Schreiben;
2. eine ungünstige Entscheidung per Einschreiben.

Eine ablehnende Entscheidung vermerkt die Möglichkeit, Einspruch gemäß Artikel 22 §2 des Dekrets beim Minister einzulegen.

§2 – Der Minister entscheidet innerhalb der in Artikel 22 §2 Absatz 3 des Dekrets erwähnten Frist über den Einspruch.

Die Verwaltung übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers wie folgt:

1. eine günstige Entscheidung durch gewöhnliches Schreiben;
2. eine ungünstige Entscheidung per Einschreiben.

Eine ablehnende Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Einspruch einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 16 – Bewertungsbericht der anerkannten Vermittlungsdienste

Für die Anwendung von Artikel 23 Absatz 1 Nummer 5 des Dekrets informiert der Minister die anerkannten Vermittlungsdienste schriftlich mindestens 6 Monate vor Beginn des Bewertungszeitraums über die Methoden und Indikatoren.

Art. 17 – Aussetzung der Anerkennung

Für die Anwendung von Artikel 24 des Dekrets:

1. fordert der Minister den Vermittlungsdienst auf, den Anerkennungsbedingungen nachzukommen;
2. teilt der Minister seine Absicht vorab mit;
3. erfolgt die in Artikel 24 §1 Absatz 3 des Dekrets vorgesehene Anhörung vor dem Minister;
4. entscheidet der Minister über die in Artikel 24 §1 Absätze 1, 3 und 4 des Dekrets vorgesehene Aussetzung.

Die Verwaltung übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers wie folgt:

1. eine günstige Entscheidung durch gewöhnliches Schreiben;
2. eine ungünstige Entscheidung per Einschreiben.

Eine Entscheidung, mit der die Anerkennung ausgesetzt wird, vermerkt die Möglichkeit, Einspruch gemäß Artikel 26 des Dekrets und des Artikels 19 beim Minister einzulegen.

Art. 18 – Entzug der Anerkennung

Für die Anwendung von Artikel 25 des Dekrets:

1. fordert der Minister den Vermittlungsdienst auf, den Anerkennungsbedingungen nachzukommen;
2. teilt der Minister seine Absicht vorab mit;
3. erfolgt die in Artikel 25 §1 Absatz 2 des Dekrets vorgesehene Anhörung vor dem Minister;
4. entscheidet der Minister über den in Artikel 25 §1 Absätze 1 und 3 des Dekrets vorgesehenen Entzug.

Die Verwaltung übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers wie folgt:

1. eine günstige Entscheidung durch gewöhnliches Schreiben;
2. eine ungünstige Entscheidung per Einschreiben.

Eine Entscheidung, mit der die Anerkennung entzogen wird, vermerkt die Möglichkeit, Einspruch gemäß Artikel 26 des Dekrets und des Artikels 19 beim Minister einzulegen.

Art. 19 – Einspruchsverfahren

Die Verwaltung übermittelt dem Vermittlungsdienst die in Artikel 26 des Dekrets vorgesehene Entscheidung der Regierung über die Aussetzung oder den Entzug wie folgt:

1. eine günstige Entscheidung durch gewöhnliches Schreiben;
2. eine ungünstige Entscheidung per Einschreiben.

Eine Entscheidung, die die Aussetzung oder den Entzug zur Folge hat, vermerkt:

1. die Möglichkeit, Einspruch einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 20 – Beendigung der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung

Nach dem Entzug und für die Dauer der Aussetzung der Anerkennung übernimmt das Arbeitsamt die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung aller neuen Arbeitsuchenden, die vorher in die Zuständigkeit des betreffenden Vermittlungsdienstes fielen.

Für die Dauer von vier Monaten führt der Vermittlungsdienst die bereits begonnen bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung weiter.

KAPITEL 4 – ENTWICKLUNG DER BEDARFSGELEITETEN ARBEITSVERMITTLUNG

Art. 21 – Arbeitsmarktanalyse

Das Arbeitsamt übermittelt die in Artikel 30 §2 des Dekrets erwähnte Arbeitsmarktanalyse mindestens fünf Experten aus folgenden unterschiedlichen Bereichen mit der Bitte um Begutachtung:

1. der beruflichen Bildung;
2. dem Regel- oder Fördersekundarschulwesens;
3. der privaten Arbeitsvermittlung;
4. des Arbeitsmarktforschung;
5. der Sozialökonomie;
6. der Wirtschaft;
7. der sozialen Integration;
8. der Integration von Migranten;
9. der Gesundheit;
10. der Jugendförderung.

Art. 22 – Evaluation der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung

Das Arbeitsamt und die Dienststelle erstellen den in Artikel 32 Absatz 2 des Dekrets erwähnten Bericht auf Grundlage der in Artikel 23 Absatz 1 Nummer 5 des Dekrets erwähnten Indikatoren.

Mindestens sechs Monate vor Beginn des Bewertungszeitraums informiert der Minister das Arbeitsamt und die Dienststelle schriftlich über den Bewertungszeitraum, die Methoden und Indikatoren.

KAPITEL 5 – KONTROLLE DER SUCHBEMÜHUNGEN

Art. 23 – Dokumentation der Suchbemühungen

Der Arbeits- bzw. Referenzberater dokumentiert die Suchbemühungen der gemäß Artikel 4 §4 Nummer 1 und 2 des Dekrets eingetragenen arbeitssuchenden Nutzer der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung in der Begleitakte. Dort werden ebenfalls die in Artikel 46 §4 des Dekrets erwähnten Ereignisse dokumentiert.

Art. 24 – Bilanzierung der Suchbemühungen

Der Arbeits- bzw. Referenzberater bilanziert die Suchbemühungen der von ihm begleiteten Anwärtler und Empfänger von Arbeitslosenunterstützung.

Der Arbeits- bzw. Referenzberater kann anlassbezogen und periodisch bilanzieren.

Der Zeitpunkt und das Ergebnis jeder Bilanzierung wird in der Begleitakte festgehalten.

Fällt die Bilanzierung reserviert aus, informiert der Arbeits- bzw. Referenzberater den Arbeitsuchenden innerhalb von 14 Tagen schriftlich über die Eröffnung des Kontrollverfahrens durch den Kontrolldienst.

Art. 25 – Periodische Bilanzierung

§1 – Der Arbeits- bzw. Referenzberater führt mindestens einmal pro Jahr eine periodische Bilanzierung durch. Er legt zu Beginn der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung den ersten Bilanzierungszeitraum fest und teilt dies dem Arbeitsuchenden schriftlich mit.

§2 – Innerhalb eines Monats nach Ablauf des Bilanzierungszeitraums findet im Rahmen eines gemeinsamen Gesprächs eine Bilanzierung statt. Dieses Gespräch kann persönlich oder aus der Ferne erfolgen.

Wird die in Absatz 1 erwähnte Frist überschritten, wird der Kontrolldienst darüber in Kenntnis gesetzt. Der Kontrolldienst überprüft und erfasst die Ursache der Fristüberschreitung.

§3 – Nach dieser Bilanzierung teilt der Arbeits- bzw. Referenzberater dem Arbeitsuchenden den nächsten Bilanzierungszeitraum mit, wobei dieser frühestens mit dem Ende des vorherigen Bilanzierungszeitraums beginnen kann.

§4 – Wurde eine berufliche Aktionsvereinbarung abgeschlossen, dient die Umsetzung dieser Aktionsvereinbarung als Grundlage für die Auswertung der Suchbemühungen und die entsprechende Bilanzierung des Arbeits- bzw. Referenzberaters.

§5 – Spricht der Arbeits- bzw. Referenzberater für den Arbeitsuchenden eine positive periodische Bilanzierung aus, gilt dies als positive Bewertung der Suchbemühungen in Anwendung des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991.

In Abweichung von §1 kann der Zeitraum der periodischen Bilanzierung für folgende Personen ausgesetzt werden:

1. Anwärter auf das Berufseingliederungsgeld;
2. Arbeitslose, die gemäß dem Königlichen Erlass vom 25. November 1991 von der aktiven Verfügbarkeit ausgesetzt oder befreit sind;
3. alleinerziehende Arbeitslose ohne Kinderbetreuung, die sich nachweislich aktiv um die Kinderbetreuung bemühen.
4. Arbeitsuchende in einem Programm zur Vorbereitung auf eine Selbständigkeit.

Art. 26 – Anlassbezogene Bilanzierung

§1 – Tritt eines der in Artikel 46 §4 des Dekrets erwähnten Ereignisse ein, kann der Arbeits- bzw. Referenzberater die Suchbemühungen anlassbezogen bilanzieren.

Die anlassbezogene Bilanzierung findet von Rechtswegen statt, wenn zwei der in Artikel 46 §4 aufgeführten Ereignisse im gleichen Bilanzierungszeitraum dokumentiert wurden.

Sie findet innerhalb eines Monats nach dem in Artikel 46 §4 des Dekrets erwähnten Ereignis statt.

§2 – Die anlassbezogene Bilanzierung kann ohne ein gemeinsames Gespräch erfolgen.

Art. 27 – Kontrolle der Suchbemühungen

§1 – Fällt eine periodische oder anlassbezogene Bilanzierung positiv aus, vergibt der Kontrolldienst auf dieser Grundlage für die Anwendung des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 eine positive Bewertung der Suchbemühungen.

§2 – Fällt eine Bilanzierung reserviert aus, kontrollieren die für die Kontrolle der Suchbemühungen zuständigen Mitarbeiter des Arbeitsamts alle für diese Person im Königlichen Erlass vom 25. November 1991 anwendbaren Formen der Verfügbarkeit in Anwendung der dort vorgesehenen Bestimmungen.

§3 – Zur Bewertung der Verfügbarkeit nutzen der Kontrolldienst die aufgrund der Artikel 23 und 24 zusammengestellte Dokumentation und Bilanzierung der Suchbemühungen.

Auf dieser Grundlage legt der Kontrolldienst fest, ob der Arbeitsuchende gemäß den Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 ausreichend verfügbar ist. Ist dies nicht der Fall, verhängt der Minister die im Königlichen Erlass vom 25. November 1991 vorgesehene Sanktion.

Art. 28 – Entschuldigte und unentschuldigte Abwesenheiten

Bleibt ein Arbeitsuchender einem Termin fern, der im Rahmen des Begleit- oder Vermittlungsangebotes vereinbart wurde, gilt diese Abwesenheit als entschuldigt, wenn der Arbeitsuchende spätestens drei Tage nach dem Termin belegt, dass er aufgrund eines der folgenden Ereignisse gefehlt hat:

1. Teilnahme an einem Vorstellungstermin;
2. Aufnahme einer Beschäftigung im Rahmen eines Arbeitsvertrags;
3. Teilnahme an einer Ausbildung oder Praktikum;
4. Termin bei einem externen Anbieter von Begleit- oder Vermittlungsangeboten, auf Anfrage dieses Anbieters;
5. Abwesenheit aufgrund des Mutterschutzes;
6. Arbeitsunfähigkeit
7. Umzug außerhalb des deutschen Sprachgebiets;
8. Urlaub im Sinne des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991;
9. nicht-vorhersehbare Ausfall von Transportmitteln;
10. bürgerliche Pflichten;
11. Verhinderung des Gewerkschaftsdelegierten, insofern seine Begleitung vorangekündigt war;
12. Fälle höherer Gewalt;
13. familiäre Ereignisse.

In Abweichung zu Absatz 1 gilt die Abwesenheit aufgrund von Absatz 1 Nummer 7 als entschuldigt, wenn der Arbeitsuchende seinen Umzug innerhalb von drei Tagen mitteilt.

Vereinbart das Arbeitsamt mit dem Arbeitsuchenden einen Termin im Rahmen der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung, informiert das Arbeitsamt den Arbeitsuchenden über die möglichen Folgen der Abwesenheit.

KAPITEL 6 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 29 – Inkrafttreten

Vorliegender Erlass tritt am 1. Juli 2024 in Kraft.

Art. 30 – Durchführungsbestimmung

Der Minister für Beschäftigung wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
I. WEYKMANS

Isabelle
Weykman
S

Digital
unterschrieben von
Isabelle Weykmans
Datum: 2024.05.14
08:40:05 [®] +02'00'

GOVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[Numéro d'enregistrement]

Avant-projet d'arrêté du Gouvernement portant exécution du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins

LE GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE,

Vu le décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins, l'article 5, § 4, l'article 6, § 1er, alinéa 4, l'article 7, alinéa 4, l'article 8, alinéa 2, l'article 10, alinéa 3, l'article 11, § 2, alinéa 3, l'article 13, alinéa 4, l'article 15, § 4, alinéa 2, l'article 15, § 2, alinéa 2, l'article 22, § 1er, alinéa 7 et § 2, alinéa 4, l'article 24, § 3, l'article 25, § 3, l'article 26, alinéa 4, l'article 27, alinéa 2, l'article 30, § 2, alinéa 2, l'article 32, alinéa 3, l'article 46, § 7 et l'article 47, § 5 ;

Vu l'avis du Conseil économique et social de la Communauté germanophone du 8 avril 2024 ;

Vu l'avis du comité de gestion chargé de la vie autodéterminée du 14 avril 2024 ;

Vu l'avis de l'Autorité de protection des données * du * ;

Vu l'avis de l'Inspecteur des finances, donné le 24 avril 2024 ;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 25 avril 2024 ;

Vu l'avis [numéro] du Conseil d'État, donné le [date] en application de l'article 84, § 1er, alinéa 1er, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973 ;

Sur proposition du Ministre de l'Emploi ;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1ER – DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article 1er – Définitions

Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

- 1° Office de l'emploi : l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone ;
- 2° placement axé sur les besoins : l'accompagnement des demandeurs d'emploi conformément aux articles 9 à 20 du décret ;
- 3° dossier d'accompagnement : le dossier d'accompagnement électronique visé à l'article 14 du décret ;
- 4° décret : le décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins ;
- 5° Office pour une vie autodéterminée : l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée ;
- 6° parcours d'insertion : ensemble des démarches et des mesures visant à intégrer avec succès le demandeur d'emploi dans le marché du travail ;
- 7° arrêté royal du 25 novembre 1991 : l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation

du chômage ;

8° service de contrôle : les collaborateurs de l'Office de l'emploi chargés du contrôle des efforts de recherche et de la sanction conformément à l'article 47 du décret ;

9° ministre : le ministre qui a l'Emploi dans ses attributions ;

10° registre : le registre des demandeurs d'emploi visé à l'article 5 du décret ;

11° service de placement : les organismes publics suivants :

a) les services de placement agréés conformément à l'article 22 du décret ;

b) l'Office de l'emploi ;

c) l'Office pour une vie autodéterminée ;

12° administration : le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent pour la matière de l'Emploi.

Art. 2 - Utilisation des moyens de communication

Dans le respect du décret du 15 octobre 2018 relatif à la communication électronique, publique ou adressée aux particuliers, des autorités de la région de langue allemande, l'Office de l'emploi utilise tout moyen de communication utile pour informer et contacter les demandeurs d'emploi. L'Office de l'emploi adapte la communication en fonction des compétences linguistiques et numériques du demandeur d'emploi.

Sont considérés comme des moyens de communication utiles au sens de l'alinéa 1er :

1° l'entretien individuel ;

2° les appels téléphoniques et vidéo ;

3° la communication électronique écrite ;

4° les messages dans le compte client ;

5° les lettres simples et recommandées.

L'Office de l'emploi utilise, en concertation avec le demandeur d'emploi, les moyens de communication visés à l'alinéa 2. Nonobstant ce qui précède, le demandeur d'emploi peut à tout moment demander à utiliser d'autres moyens de communication.

Sauf s'il en a été convenu autrement avec le demandeur d'emploi, les documents suivants sont systématiquement envoyés au format papier par la poste ou remis en main propre :

1° la confirmation de l'inscription ou de la désinscription au registre conformément à l'article 3, § 3, ou à l'article 7 ;

2° des informations sur les droits et obligations visés à l'article 5 ;

3° les invitations à des rendez-vous de conseil ou de bilan conformément à l'article 9 du décret et aux articles 24 à 26 ;

4° les convocations à des entretiens de contrôle, conformément à l'article 27.

CHAPITRE 2 - INSCRIPTION COMME DEMANDEUR D'EMPLOI

Art. 3 - Modalités d'inscription et de désinscription au registre des demandeurs d'emploi

§ 1er - L'inscription au registre des demandeurs d'emploi mentionné à l'article 4 du décret prend effet à la date de la demande du demandeur d'emploi.

§ 2 - La demande d'inscription du demandeur d'emploi peut se faire à distance ou en personne dans les locaux de l'Office de l'emploi ou d'un autre service de placement.

§ 3 - L'inscription est effective dès que le demandeur d'emploi justifie, outre les éléments mentionnés à l'article 6, § 1er, alinéa 1er, du décret, son accès au marché de l'emploi belge ou dès que

L'Office de l'emploi a recueilli ces informations de sa propre initiative.

Si, au moment de l'inscription, le demandeur d'emploi ne dispose pas de l'un des numéros mentionnés à l'article 6, § 1er, alinéa 1er, 3°, du décret, l'inscription est effective dès qu'il a réuni les autres éléments visés à l'alinéa 1er.

L'Office de l'emploi confirme l'inscription par écrit au demandeur d'emploi au plus tard dans les sept jours.

§ 4 - Si, à l'expiration d'un délai de 14 jours à compter de la demande visée au § 2, les informations requises conformément au § 3 ne sont pas disponibles, l'Office de l'emploi déclare la demande irrecevable.

L'Office de l'emploi transmet par écrit la décision d'irrecevabilité au demandeur d'emploi.

Le demandeur d'emploi peut introduire une nouvelle demande à tout moment.

Art. 4 - Inscription des demandeurs d'emploi non immédiatement disponibles

§ 1er - Pour l'inscription des demandeurs d'emploi qui, en raison d'une qualification à terminer ou d'un contrat de travail en cours, ne peuvent pas commencer immédiatement à travailler, l'Office de l'emploi rédige une recommandation liée au profil concernant le moment de l'inscription.

L'Office de l'emploi recommande toutefois l'inscription au registre au plus tôt six mois avant la première date prévue pour commencer un emploi.

§ 2 - Lorsque le paiement des allocations de chômage est interrompu ou supprimé en application de l'arrêté royal du 25 novembre 1991, l'Office de l'emploi se renseigne auprès du demandeur d'emploi pour savoir s'il continue à chercher un emploi.

Les demandeurs d'emploi qui, à la suite d'une offre de placement conformément à l'article 3, 22°, du décret, ne sont pas en mesure de commencer immédiatement à travailler restent inscrits.

§ 3 - L'Office de l'emploi évalue les informations et les prestations qu'elle offre aux demandeurs d'emploi mentionnés au § 1er. Il peut y avoir des gradations en fonction de la durée de l'indisponibilité.

Art. 5 - Informations sur les droits et obligations

L'Office de l'emploi informe le demandeur d'emploi, au moment de la demande d'inscription visée à l'article 3, § 1er, de l'obligation d'information mentionnée à l'article 8 du décret.

Les demandeurs et les bénéficiaires de prestations de chômage reçoivent, au plus tard lors de la confirmation de leur inscription par l'Office de l'emploi, des informations sur les droits et obligations découlant de l'application de l'arrêté royal du 25 novembre 1991.

L'Office de l'emploi communique les informations par écrit.

Le service de placement concerné transmet les informations sur les droits et les obligations de manière compréhensible.

Art. 6 - Coordonnées du demandeur d'emploi

Le demandeur d'emploi communique toutes les coordonnées utiles qui sont nécessaires pour le

joindre.

Si le lieu de résidence principal du demandeur d'emploi diffère de l'adresse de contact, il communique les deux adresses.

Si le demandeur d'emploi fournit une adresse e-mail, l'Office de l'emploi consigne par écrit le but de son utilisation, en tenant compte des compétences numériques et des possibilités du demandeur d'emploi.

Art. 7 - Désinscription du registre des demandeurs d'emploi

Sans préjudice des situations décrites à l'article 7, alinéa 1er, 1° à 3°, du décret, l'Office de l'emploi peut désinscrire toute personne inscrite après trois mois, si cette personne ne confirme pas, à la demande de l'Office de l'emploi, qu'elle est toujours à la recherche d'un emploi.

Pour l'application de l'article 7, alinéa 2, 3°, du décret, les missions énumérées à l'article 5 du décret du 13 novembre 2023 relatif aux mesures en matière de promotion de l'emploi et de placement sont considérées comme des prestations, à l'exception de la consultation des informations fournies conformément à l'article 5, alinéa 1er, 1°, du même décret.

Si l'Office de l'emploi constate que la désinscription effectuée en application de l'article 7 du décret résulte d'une erreur juridique ou matérielle, l'Office de l'emploi régularise cette situation avec effet rétroactif jusqu'à la date de la désinscription erronée.

Le Ministre décide de la désinscription du demandeur d'emploi.

La décision mentionne :

- 1° la possibilité d'introduire un recours ;
- 2° les instances compétentes qui en prennent connaissance ;
- 3° les délais et les exigences de forme à respecter.

Art. 8 - Précision des données pour certaines prestations

L'Office de l'emploi et les autres services de placement peuvent suspendre les prestations suivantes en l'absence des informations requises énumérées ci-dessous :

- 1° fourniture d'informations générales concernant les formations, les offres et les prestations : des informations sur les catégories de prestations dont le demandeur d'emploi souhaite bénéficier ;
- 2° envoi d'informations par voie électronique : une adresse e-mail ;
- 3° transmission d'offres d'emploi personnalisées :
 - a) des informations sur les objectifs professionnels ;
 - b) des informations sur les qualifications et les compétences ;
 - c) des informations pertinentes pour le placement en ce qui concerne la santé physique et psychique ;
 - d) des informations pertinentes pour le placement concernant la mobilité ou la situation familiale ;
- 4° transmission d'offres de stages et de formations personnalisées :
 - a) des informations sur les objectifs professionnels ;
 - b) des informations sur les besoins en matière de qualifications ;
- 5° fourniture de prestations dans le cadre du conseil et de l'accompagnement personnels :
 - a) les informations mentionnées aux 1° à 4° ;
 - b) des informations pertinentes pour le placement concernant les atouts et les obstacles ;
- 5° réalisation de tests pour déterminer les compétences ou les aptitudes : certificats et attestations qui sont pertinents pour le domaine de chaque test ;
- 6° contrôle de l'admissibilité du demandeur d'emploi aux mesures d'aide et aux incitations

financières :

a) des informations sur les critères qui sont définis dans les dispositions relatives à chaque mesure d'aide ;

b) des informations sur le droit à une intervention majorée de l'assurance soins de santé conformément à l'article 37, § 19, de la loi coordonnée du 14 juillet 1994 relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités.

CHAPITRE 3 - LE PLACEMENT AXÉ SUR LES BESOINS

Section 1re - Principes du placement axé sur les besoins

Art. 9 - Utilisateurs du placement axé sur les besoins

Le placement axé sur les besoins est proposé aux demandeurs d'emploi inscrits menacés de chômage dès qu'ils signalent la menace de chômage.

L'accès au placement axé sur les besoins est suspendu à l'égard du demandeur d'emploi inscrit mentionné à l'article 4, § 4, du décret s'il ne réagit pas aux offres d'accompagnement et de placement.

Conformément à l'article 10 du décret, le Ministre décide du début ou de la suspension du placement axé sur les besoins du demandeur d'emploi.

La décision mentionne :

1° la possibilité d'introduire un recours ;

2° les instances compétentes qui en prennent connaissance ;

3° les délais et les exigences de forme à respecter.

Art. 10 - Prise en charge du placement axé sur les besoins par l'Office de l'emploi

Dans les situations suivantes, un utilisateur peut recevoir l'offre d'un placement axé sur les besoins de l'Office de l'emploi, bien qu'un autre service de placement l'accompagne ou qu'un accompagnement par un autre service de placement soit prévu, si :

1° l'utilisateur refuse, conformément à l'article 11, § 1er, du décret, le placement axé sur les besoins par le service de placement concerné et qu'il demande par écrit à l'Office de l'emploi un placement axé sur les besoins ;

2° le service de placement concerné n'a pas soumis d'offre d'accompagnement conformément à l'article 11, § 2, du décret ;

3° l'obligation d'accompagnement d'un centre public d'aide sociale prend fin conformément à l'article 13, alinéa 3, du décret et que le centre public d'aide sociale envisage de mettre fin à l'accompagnement ;

4° un service de placement agréé perd son agrément conformément à l'article 25 du décret.

Dans les cas visés à l'alinéa 1er, l'Office de l'emploi coordonne avec l'autre service de placement les démarches nécessaires pour garantir une prise en charge fluide de l'accompagnement.

Art. 11 - Accès aux offres d'accompagnement et de placement

§ 1er – Conformément à l'article 12, alinéa 1er, du décret, l'Office de l'emploi garantit à tous les conseillers référents de tous les services de placement l'accès aux offres d'accompagnement et de placement qu'il propose en vertu de l'article 5, alinéa 1er, 1° à 5°, du décret du 13 novembre 2023 relatif aux mesures en matière de promotion de l'emploi et de placement.

Selon l'offre d'accompagnement et de placement, l'accès des conseillers référents peut prendre les formes suivantes :

- 1° accès aux informations concernant l'offre ;
- 2° signalement du besoin pour une offre ;
- 3° réservation d'une offre ;
- 4° lancement d'une offre, avec les démarches administratives nécessaires, le cas échéant.

§ 2 - Le conseiller référent évalue si l'offre d'accompagnement ou de placement s'inscrit dans le parcours d'insertion du demandeur d'emploi.

Art. 12 - Interruption de la recherche d'emploi

Pour l'application de l'article 13 du décret, la recherche d'emploi n'est pas considérée comme interrompue lorsque le demandeur d'emploi inscrit participe à un stage, une formation ou une mesure en faveur de l'emploi, dans la mesure où ils font partie du parcours d'insertion dans le cadre du placement axé sur les besoins.

Toute désinscription du registre est considérée comme une interruption de la recherche d'emploi.

Le commencement d'un emploi ou des jours de maladie ne sont considérés comme une interruption de la recherche d'emploi que s'ils s'accompagnent d'une désinscription du registre.

La durée de 24 mois mentionnée à l'article 13, alinéas 2 et 3, du décret est atteinte si la personne n'a jamais été inscrite comme demandeur d'emploi pendant cette période d'interruption.

Section 2 - Étapes du placement axé sur les besoins

Art. 13 - Changement et qualification des conseillers référents

§ 1er - Sans préjudice de l'article 15, § 1er, du décret, un autre conseiller référent du service de placement compétent peut, à la demande du demandeur d'emploi ou du conseiller référent, assurer le placement axé sur les besoins.

Le gouvernement peut demander à chaque service de placement des données statistiques sur la fréquence et le motif du changement de conseiller référent.

§ 2 - Chaque service de placement enregistre la participation des conseillers référents aux formations continues obligatoires en vertu de l'article 15, § 3, du décret.

Art. 14 - Accord en matière d'action sur le plan professionnel

Le conseiller référent est chargé d'intégrer l'accord en matière d'action sur le plan professionnel dans le dossier d'accompagnement. Il s'assure que l'accord en matière d'action sur le plan professionnel est transmis au demandeur d'emploi.

Le demandeur d'emploi confirme par écrit la réception et l'acceptation de l'accord en matière d'action.

Les alinéas 1 et 2 s'appliquent mutatis mutandis en cas de modification de l'accord en matière d'action sur le plan professionnel.

Section 3 – Procédures d’agrément, de suspension et de retrait des services de placement

Art. 15 - Procédure d’agrément

§ 1er - L’administration vérifie que la demande d’agrément est complète conformément à l’article 22, § 1er, alinéa 4, du décret et prévient le demandeur, dans le délai visé à l’article 22, § 1er, alinéa 5, du décret, s’il manque des documents. Elle informe le demandeur dès que la demande est complète.

L’administration procède à l’examen du contenu des demandes et rédige un avis motivé sur l’octroi ou le refus de l’agrément et transmet la demande ainsi que sa recommandation au ministre.

La décision du ministre intervient dans le délai visé à l’article 22, § 1er, alinéa 6, du décret, à compter du moment où la demande est complète.

L’administration transmet au demandeur la décision du ministre comme suit :

- 1° une décision favorable par lettre ordinaire ;
- 2° une décision défavorable par lettre recommandée.

Une décision de refus mentionne la possibilité d’introduire un recours auprès du ministre conformément à l’article 22, § 2, du décret.

§ 2 - Le ministre statue sur le recours dans le délai visé à l’article 22, § 2, alinéa 3, du décret.

L’administration transmet au demandeur la décision du ministre comme suit :

- 1° une décision favorable par lettre ordinaire ;
- 2° une décision défavorable par lettre recommandée.

Une décision de refus mentionne :

- 1° la possibilité d’introduire un recours ;
- 2° les instances compétentes qui en prennent connaissance ;
- 3° les délais et les exigences de forme à respecter.

Art. 16 - Rapport d’évaluation des services de placement agréés

Pour l’application de l’article 23, alinéa 1er, 5°, du décret, le ministre informe par écrit les services de placement agréés des méthodes et des indicateurs au moins six mois avant le début de la période d’évaluation.

Art. 17 – Suspension de l’agrément

Pour l’application de l’article 24 du décret :

- 1° le ministre invite le service de placement à se conformer aux conditions d’agrément ;
- 2° le ministre communique son intention à l’avance ;
- 3° l’audition visée à l’article 24, § 1er, alinéa 3, du décret a lieu devant le ministre ;
- 4° le ministre décide de la suspension visée à l’article 24, § 1er, alinéas 1er, 3 et 4, du décret.

L’administration transmet au demandeur la décision du ministre comme suit :

- 1° une décision favorable par lettre ordinaire ;
- 2° une décision défavorable par lettre recommandée.

Une décision de suspension de l’agrément mentionne la possibilité d’introduire un recours auprès du ministre conformément à l’article 26 du décret et à l’article 19.

Art. 18 – Retrait de l'agrément

Pour l'application de l'article 25 du décret :

- 1° le ministre invite le service de placement à se conformer aux conditions d'agrément ;
- 2° le ministre communique son intention à l'avance ;
- 3° l'audition visée à l'article 25, § 1er, alinéa 2, du décret a lieu devant le ministre ;
- 4° le ministre décide du retrait visé à l'article 25, § 1er, alinéas 1er et 3, du décret.

L'administration transmet au demandeur la décision du ministre comme suit :

- 1° une décision favorable par lettre ordinaire ;
- 2° une décision défavorable par lettre recommandée.

Une décision de retrait de l'agrément mentionne la possibilité d'introduire un recours auprès du ministre conformément à l'article 26 du décret et à l'article 19.

Art. 19 – Procédure de recours

L'administration transmet au service de placement la décision de suspension ou de retrait du Gouvernement prévue à l'article 26 du décret, de la manière suivante :

- 1° une décision favorable par lettre ordinaire ;
- 2° une décision défavorable par lettre recommandée.

Une décision entraînant la suspension ou le retrait mentionne :

- 1° la possibilité d'introduire un recours ;
- 2° les instances compétentes qui en prennent connaissance ;
- 3° les délais et les exigences de forme à respecter.

Art. 20 - Cessation du placement axé sur les besoins

Après le retrait et pour la durée de la suspension de l'agrément, l'Office de l'emploi prend en charge le placement axé sur les besoins de tous les nouveaux demandeurs d'emploi qui relevaient auparavant de la compétence du service de placement concerné.

Pendant une période de quatre mois, le service de placement poursuit le placement axé sur les besoins déjà commencé.

CHAPITRE 4 - DÉVELOPPEMENT DU PLACEMENT AXÉ SUR LES BESOINS

Art. 21 - Analyse du marché du travail

L'Office de l'emploi transmet l'analyse du marché du travail visée à l'article 30, § 2, du décret à au moins cinq experts des différents domaines suivants, en leur demandant leur avis sur :

- 1° la formation professionnelle ;
- 2° l'enseignement secondaire ordinaire ou spécialisé ;
- 3° le placement privé ;
- 4° la recherche sur le marché du travail ;
- 5° l'économie sociale ;
- 6° l'économie ;
- 7° l'intégration sociale ;
- 8° l'intégration des migrants ;
- 9° la santé ;

10° la promotion de la jeunesse.

Art. 22 - Évaluation du placement axé sur les besoins

L'Office de l'emploi et l'Office pour une vie autodéterminée établissent le rapport visé à l'article 32, alinéa 2, du décret sur la base des indicateurs mentionnés à l'article 23, alinéa 1er, 5°, du décret.

Au moins six mois avant le début de la période d'évaluation, le ministre informe par écrit l'Office de l'emploi et l'Office pour une vie autodéterminée de la période d'évaluation, des méthodes et des indicateurs.

CHAPITRE 5 - CONTRÔLE DES EFFORTS DE RECHERCHE

Art. 23 - Documentation des efforts de recherche

Le conseiller emploi ou le conseiller référent documente les efforts de recherche des utilisateurs du placement axé sur les besoins demandeurs d'emploi, inscrits conformément à l'article 4, § 4, 1° et 2°, du décret, dans le dossier d'accompagnement. Les événements mentionnés à l'article 46, § 4, du décret y sont également documentés.

Art. 24 - Bilan des efforts de recherche

Le conseiller emploi ou le conseiller référent dresse un bilan des efforts de recherche des demandeurs et des bénéficiaires de prestations de chômage qu'il accompagne.

Le conseiller emploi ou le conseiller référent peut dresser un bilan de manière périodique et en fonction des circonstances.

Le moment et le résultat de chaque bilan sont consignés dans le dossier d'accompagnement.

Si le bilan est réservé, le conseiller emploi ou le conseiller référent informe le demandeur d'emploi par écrit dans les 14 jours de l'ouverture de la procédure de contrôle par le service de contrôle.

Art. 25 - Bilan périodique

§ 1er - Le conseiller emploi ou le conseiller référent réalise un bilan périodique au moins une fois par an. Au début du placement axé sur les besoins, il fixe la première période de bilan et en informe le demandeur d'emploi par écrit.

§ 2 - Dans le mois qui suit la fin de la période de bilan, un bilan est effectué dans le cadre d'un entretien commun. Cet entretien peut avoir lieu en présentiel ou à distance.

Si le délai mentionné à l'alinéa 1er est dépassé, le service de contrôle en est informé. Le service de contrôle vérifie et enregistre la cause du dépassement de délai.

§ 3 - À l'issue de ce bilan, le conseiller emploi ou le conseiller référent communique au demandeur d'emploi la prochaine période de bilan, celle-ci pouvant débuter au plus tôt à la fin de la période de bilan précédente.

§ 4 - Si un accord en matière d'action sur le plan professionnel a été conclu, la mise en œuvre de cet accord en matière d'action sert de base à l'évaluation des efforts de recherche et au bilan correspondant du conseiller emploi ou du conseiller référent.

§ 5 - Si le conseiller emploi ou le conseiller référent dresse un bilan périodique positif pour le demandeur d'emploi, cela vaut comme évaluation positive des efforts de recherche en application de l'arrêté royal du 25 novembre 1991.

Par dérogation au § 1er, la période de bilan périodique peut être suspendue pour les personnes suivantes :

- 1° les demandeurs de l'allocation d'insertion professionnelle ;
- 2° les chômeurs suspendus ou dispensés de la disponibilité active en vertu de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 ;
- 3° les chômeurs qui élèvent seuls leurs enfants et qui n'ont pas de garde d'enfants, mais qui peuvent prouver qu'ils s'efforcent activement de faire garder leurs enfants.
- 4° les demandeurs d'emploi dans un programme d'aide à l'emploi indépendant.

Art. 26 - Bilan en fonction des circonstances

§ 1er - Lorsqu'un des événements visés à l'article 46, § 4, du décret se produit, le conseiller emploi ou le conseiller référent peut dresser un bilan des efforts de recherche en fonction des circonstances.

Le bilan en fonction des circonstances a lieu de plein droit lorsque deux des événements visés à l'article 46, § 4, ont été documentés au cours de la même période de bilan.

Il a lieu dans le mois qui suit l'événement visé à l'article 46, § 4, du décret.

§ 2 - Le bilan en fonction des circonstances peut avoir lieu sans entretien commun.

Art. 27 – Contrôle des efforts de recherche

§ 1er - Lorsqu'un bilan périodique ou en fonction des circonstances s'avère positif, le service de contrôle attribue sur cette base une évaluation positive des efforts de recherche pour l'application de l'arrêté royal du 25 novembre 1991.

§ 2 - Lorsqu'un bilan s'avère réservé, les collaborateurs de l'Office de l'emploi chargés du contrôle des efforts de recherche contrôlent toutes les formes de disponibilité applicables à cette personne dans l'arrêté royal du 25 novembre 1991, en application des dispositions qui y sont prévues.

§ 3 - Pour évaluer la disponibilité, le service de contrôle utilise la documentation et le bilan des efforts de recherche établis sur la base des articles 23 et 24.

Sur cette base, le service de contrôle détermine si le demandeur d'emploi est suffisamment disponible conformément aux dispositions de l'arrêté royal du 25 novembre 1991. Si tel n'est pas le cas, le ministre applique la sanction prévue par l'arrêté royal du 25 novembre 1991.

Art. 28 - Absences excusées et non excusées

Si un demandeur d'emploi est absent à un rendez-vous fixé dans le cadre de l'offre d'accompagnement ou de placement, cette absence est considérée comme excusée si le demandeur d'emploi prouve, au plus tard trois jours après le rendez-vous, qu'il a été absent à cause de l'un des événements suivants :

- 1° participation à un entretien d'embauche ;
- 2° début d'un emploi dans le cadre d'un contrat de travail ;
- 3° participation à une formation ou à un stage ;
- 4° rendez-vous chez un prestataire externe de services d'accompagnement ou de placement, à la

demande de ce prestataire ;

5° absence pour cause de congé de maternité ;

6° incapacité de travail ;

7° déménagement en dehors de la Communauté germanophone ;

8° vacances au sens de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 ;

9° défaillance non prévisible des moyens de transport ;

10° devoirs civiques ;

11° empêchement du délégué syndical, dans la mesure où son accompagnement était annoncé à l'avance ;

12° cas de force majeure ;

13° événements familiaux.

Par dérogation à l'alinéa 1er, l'absence visée à l'alinéa 1er, 7°, est excusée lorsque le demandeur d'emploi communique son déménagement dans les trois jours.

Lorsque l'Office de l'emploi fixe un rendez-vous avec le demandeur d'emploi dans le cadre du placement axé sur les besoins, l'Office de l'emploi informe le demandeur d'emploi des conséquences possibles de l'absence.

CHAPITRE 6 – DISPOSITIONS FINALES

Art. 29 – Entrée en vigueur

Le présent arrêté entre en vigueur le 1er juillet 2024.

Art. 30 – Exécution

Le Ministre qui a l'Emploi dans ses attributions est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le ...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias
I. WEYKMANS